

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

- (A) gesetzt waren. Es war vereinbart, dass diese Regelung in Europa auslaufen soll. Daran haben sich nicht alle gehalten. Wir haben sie aber auslaufen lassen. Ich habe dann festgestellt, dass wir das korrigieren müssen.

(Joachim Poß [SPD]: Angekündigt!)

Ich habe vorhin gesagt: Wir haben schon Anfang März ein Eckpunktepapier herausgegeben. Wir werden noch im Laufe des Frühjahrs einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem das Verbot ungedeckter Leerverkäufe auf nationaler Ebene erreicht werden soll. Wir werden das brauchen. Auch insofern stimmen wir also überein, Herr Kollege Kuhn.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Weil sich in diesen Tagen und Wochen die Spekulationen wieder und wieder gegen den Euro richten, was den Europäischen Rat am 11. Februar in Brüssel sehr beschäftigt hat, möchte ich die Gelegenheit nutzen, im Zusammenhang mit **Griechenland** ein paar Sätze zu einer Gerüchtelandschaft zu sagen, die ganz offensichtlich gezielt in Mitgliedstaaten – auch in Brüssel; das sage ich mit großer Klarheit – geschürt wird. Es bleibt dabei: Griechenland hat nicht um Hilfe nachgefragt. Deswegen gibt es darüber keine Entscheidung, und es ist auch keine Entscheidung getroffen worden. Es bleibt auch dabei: Wenn eine unmittelbare Zahlungsunfähigkeit bevorstehen würde, dann müssten wir – das ist klar – im Falle einer unmittelbar bevorstehenden Notsituation darauf reagieren, wie es der Europäische Rat gesagt hat. Er hat am 11. Februar entschieden: Die Mitgliedstaaten der Euro-Zone werden, wenn notwendig, entschlossene und koordinierte Maßnahmen ergreifen, um die finanzielle Stabilität der Euro-Area als Ganzes sicherzustellen. – Nicht mehr und nicht weniger. Diese Lage ist nicht eingetreten. Natürlich wird auf technischer Ebene daran gearbeitet – das ist nicht neu, das geht seit Jahren so –, was man tun würde, wenn die Lage eintreten würde. Sie ist aber nicht da, und deswegen gibt es keine politischen Entscheidungen.

- (B)

Bitte nehmen Sie das – aus der gestrigen Euro-Gruppen-Sitzung wurde zum Teil Verfälschendes über die Nachrichtenlage gestreut –, was wir tatsächlich beschlossen haben. Wir haben einen Text, den der Präsident der Euro-Gruppe veröffentlicht hat, miteinander verabredet und beschlossen. Da steht nichts anderes drin, als dass diese Lage nicht eingetreten ist, dass keine Entscheidungen getroffen worden sind und dass wir vorbereitet sind, wenn die Lage eintreten würde. Daraus kann aber nicht der Schluss gezogen werden, dass irgendeine Entscheidung getroffen worden ist. Wir haben ausdrücklich noch einmal das bestätigt, was der Europäische Rat am 11. Februar beschlossen hat.

Man muss auch mit großem Respekt die Maßnahmen erwähnen, die Griechenland nicht nur angekündigt, sondern zum Teil schon gesetzgeberisch umgesetzt hat. Wenn ich es richtig weiß, ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer in Griechenland bereits in Kraft getreten. Ich bin übrigens derjenige gewesen, der in der vorletzten Euro-Gruppen-Sitzung vor vier Wochen – das war die

- (C) Sitzung, nach der ich ins Krankenhaus gegangen bin – vorgeschlagen hat, dass Griechenland seine Mehrwertsteuer erhöhen möge. Griechenland hat also Maßnahmen ergriffen, die die Märkte bisher auch überzeugt haben. Die griechische Anleihe vor 14 Tagen ist gut von den Märkten aufgenommen worden. Deswegen besteht kein Entscheidungsbedarf; es ist auch keine Entscheidung getroffen worden. Wir müssen aber im Sinne einer Ultima Ratio vorbereitet sein.

Ich möchte dazu noch eine Bemerkung machen: Nach Auffassung aller anderen – ich glaube, alle Zahlen belegen das – gehört Deutschland zu den Ländern, die seit über zehn Jahren wirtschaftlich am meisten von der gemeinsamen europäischen Währung profitieren. Wir tragen also die nachhaltige Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung nicht anderen großzügig nach, sondern müssen sie im wohlverstandenen eigenen Interesse auch in Zukunft gewährleisten. Natürlich gibt es dabei in Europa unterschiedliche Interessen; hier wird an verschiedenen Stellen Druck aufgebaut. Ich glaube, für uns ist wichtig – der Haushalt 2010, den wir in dieser Woche beraten und den ich Ihnen zur Annahme empfehle, trägt dem Rechnung –, dass wir auf europäischer Ebene und weltweit unseren Beitrag zu nachhaltigem Wachstum und nachhaltiger finanzieller Stabilität leisten.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Das machen wir ja nicht! Wir machen das Gegenteil! – Joachim Poß [SPD]: Mit dem Haushalt machen Sie das nicht!)

- (D) Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe den Schlusssatz nicht verstanden! Mit dem Haushalt hat das nichts zu tun!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Kollegin Nicolette Kressl ist die nächste Rednerin für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Nicolette Kressl (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal darf ich Ihnen, Herr Minister Schäuble, im Namen der gesamten SPD-Fraktion alles Gute für die weitere Genesung wünschen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zugleich möchte ich aber deutlich machen: Die Bürgerinnen und Bürger hätten ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl zu Recht erwarten können, dass Sie ein abgestimmtes Gesamtkonzept – wir sind in der allgemeinen Finanzdebatte – für die Haushalts-, Steuer- und Finanzmarktpolitik auf den Weg bringen. Davon haben wir nichts gehört.

(Beifall bei der SPD)

Nicolette Kressl

- (A) Es ist aber auch klar: Wie sollen drei Themen – Steuerpolitik, Haushaltspolitik, Finanzmarktpolitik – aufeinander abgestimmt werden, wenn Sie sich innerhalb der Fraktionen nicht einmal bei den einzelnen Themen einig sind!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister Schäuble, wie sollen wir es beispielsweise verstehen, dass hier noch kein Wort zum Thema **Steuerpolitik** gefallen ist? Die Menschen haben ein Recht darauf, dass Sie ihnen deutlich machen, wohin die zukünftige Entwicklung gehen soll. Dazu haben Sie nichts gesagt. Entlang welcher Grundlinie wollen Sie in Zukunft dafür sorgen, dass die Städte und Gemeinden, die Länder und der Bund die Aufgaben, die sie haben, auch wirklich meistern können? Dazu haben wir heute nichts gehört.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben auch nichts dazu gesagt, wie Sie gewährleisten wollen, dass die Gemeinden auch in Zukunft für Kinderbetreuung, Kinder- und Jugendschutz und soziale Fürsorge genügend finanzielle Mittel haben. Das betrifft doch die Menschen in ihrem Alltagsleben. Da brauchen wir Vorschläge und Konzepte. Die haben heute aber völlig gefehlt.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Bleiben wir einmal beim Thema Steuerpolitik. In den letzten Tagen wurden wieder die Steuerklassen III und V hin- und hergeschoben; zu einzelnen Bereichen gibt es Eckpunktepapiere. Sie haben aber heute mit keinem einzigen Wort gesagt, wie die angekündigten Steuerminder-einnahmen in Höhe von 20 Milliarden Euro bei den Kommunen, den Ländern und beim Bund ausgeglichen werden sollen, ohne dass Sie massive Eingriffe im Sozialbereich oder bei den Bildungsinvestitionen auf den Weg bringen. Davon haben wir heute nichts gehört.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen gibt es die große babylonische Sprachverwirrung. Das zeigt schon der Blick auf eine Tickermeldung vom Sonntag: „Uneinigkeit in FDP über Zeitpunkt von Steuersenkungen“. Herr Lindner sagt, man gehe erst 2012 von Steuersenkungen aus, während Frau Homburger in der gleichen Tickermeldung von 2011 spricht. Andere sagen: Es sei gar nicht die FDP gewesen, die über diesen Zeitpunkt gesprochen hat. Von der Union, von der Kanzlerin und vom Finanzminister haben wir dazu auch heute nichts gehört. Was soll das für ein Konzept sein? Das ist kein Konzept.

(Beifall bei der SPD)

Die Linie der babylonischen Sprachverwirrung wird auch im Finanzmarktbereich verfolgt. Einiges von dem, was Sie ausgeführt haben, Herr Minister Schäuble, teilen wir ausdrücklich, zum Beispiel was die Regulierung angeht. Aber wir sagen Ihnen: Wer blinkt, muss auch irgendwann mal abbiegen. – Was wir derzeit erleben, ist etwas anderes. Sie kündigen ein Eckpunktepapier für den Bereich **Finanzmarktregulierung** an, während Herr Solms von der FDP fast gleichzeitig ausführt, dass

im Zuge der Krisenbewältigung eine Sonderabgabe für Banken nicht infrage kommt. (C)

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Chaos in der Regierung! Nichts Neues!)

Zum gleichen Zeitpunkt kündigt Herr Brüderle ein Eckpunktepapier zum Thema Finanzmarktregulierung an. Aber Sie stellen nicht beide das gleiche Papier vor, sondern jeweils ein anderes.

(Beifall des Abg. Christian Lange [Backnang] [SPD] – Joachim Poß [SPD]: Das ist die Regierung!)

Glauben Sie ernsthaft, dass die deutsche Regierung auf internationaler Ebene ernst genommen wird, wenn sie sich nicht einmal auf ein Konzept einigen kann? Das kann doch nicht wahr sein!

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Axel Troost [DIE LINKE])

Das ist beim Thema **Finanztransaktionsteuer** genau das Gleiche. Die Kanzlerin nennt die Finanztransaktionsteuer eine charmante Idee.

(Lachen bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die FDP legt sofort ihr Veto ein. Ich frage mich: Wer soll die deutsche Bundesregierung bei internationalen Verhandlungen ernst nehmen? Auch im Ausland liest man doch Zeitung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Joachim Poß [SPD]: Slow-Motion-Merkel!) (D)

Das ist nicht der Weg, wie wir das, was notwendig ist, gemeinsam erfolgreich umsetzen können. Sehen Sie zu, dass Sie gemeinsame Konzepte auf den Weg bringen. Vertreten Sie diese auf internationaler Ebene. Dann können wir über Unterstützung reden. Das Ankündigen von verschiedenen Konzepten ersetzt keine solide Politik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Axel Troost [DIE LINKE])

Wir fordern Sie auf: Verzichten Sie auf weitere Steuergeschenke. Was Herr Fricke eben ausgeführt hat, war völlig absurd. Er hat behauptet, Sie würden auf Mehrausgaben in Teilbereichen verzichten. Wer durch Steuergeschenke für Hotels 1 Milliarde Euro Steuerminder-einnahmen in Kauf nimmt und wer im Bereich der Unternehmensteuerreform wieder Schlupflöcher öffnet, was nach Aussage der kommunalen Spitzenverbände insgesamt 1,7 Milliarden Euro kostet, der kann das nicht ernsthaft behaupten. Das ist doch auch eine Form der Mehrausgabe. Ganz so blöd sind die Menschen in Deutschland nicht, dass Sie ihnen das ernsthaft verkaufen könnten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Axel Troost [DIE LINKE])

Wir wollen, dass Sie Konzepte vorlegen, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen, der Länder und des

Nicolette Kressl

- (A) Bundes sicherzustellen. Wir wollen nicht, dass Sie die Gemeinden weiterhin für teure Steuergeschenke ausbluten lassen, die im Übrigen nachgewiesenermaßen keinen Wachstumseffekt haben. Wir wollen, dass Sie sich auf gemeinsame Konzepte zur internationalen Finanzmarktregulierung und auf eine Finanztransaktionsteuer einigen. Ehrlich gesagt: Wenn das schon nicht in allen Bereichen funktioniert, dann einigen Sie sich wenigstens auf einige wenige Bereiche. Lieber für einige Punkte gemeinsam eintreten und international Erfolg haben, als in allen Punkten auseinanderzudriften! Das ist für unser Ansehen wichtig.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

Um es zusammenzufassen: Nur wenn endlich klare Konzepte erkennbar werden, wird der faktische Stillstand der Politik, den wir im Moment erleben, aufhören. Nur so kommen wir ein Stück voran. Wir Sozialdemokraten finden: Zeit dafür wäre es allemal.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Dr. Volker Wissing.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Volker Wissing (FDP):

- (B) Ich danke Ihnen, Herr Präsident! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Kressl, Sie wollen Konzepte. Ich sage Ihnen klar: Es gibt ein Konzept, auf das sich die Koalitionspartner verständigt haben, und das ist der Koalitionsvertrag.

(Lachen bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Überraschung!)

Wir werden Ihnen konkrete Gesetzentwürfe vorlegen.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Glauben Sie selber daran? Das ist ja unglaublich!)

Wenn Sie diesen zustimmen wollen, sind Sie herzlich dazu eingeladen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Es war doch so: Ihr sozialdemokratischer Finanzminister hat vor etwa drei Jahren angekündigt, im Jahr 2010 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorzulegen. Um das Ziel zu erreichen, haben Sie die Steuern auf Rekordhöhe getrieben: Mehrwertsteuer rauf, Versicherungssteuer rauf, Sparerfreibetrag gekürzt. Ihnen war alles recht, Hauptsache, die Bürger wurden zur Kasse gebeten. Die Liste Ihrer Steuergrausamkeiten war lang und dick. Das Ergebnis im Bundeshaushalt war mehr als dürftig.

(Beifall bei der FDP – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Was sagt denn die Bundeskanzlerin

dazu? – Joachim Poß [SPD]: Alles mit Frau Merkel!) (C)

Spätestens jetzt, nachdem Sie mit Ihrer Politik und den Konsolidierungsversuchen gescheitert sind, sollten Sie eines verstanden haben: Mit Steuererhöhungen gelingt Haushaltskonsolidierung nicht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie haben die Steuerlast für die Menschen drastisch nach oben getrieben, haben den Bürgern mehr und mehr Geld genommen, und dann haben Sie es im Bundeshaushalt versickern lassen.

Heute kritisiert die Opposition unsere Forderung nach mehr Steuergerechtigkeit und nach Entlastung. Dabei waren es doch Sozialdemokraten, die es trotz Rekordsteuererhöhung nicht geschafft haben, auch nur ein einziges finanzpolitisches Problem dieses Landes nachhaltig zu lösen.

(Beifall bei der FDP)

Sie üben lauthals Kritik. Aber was haben Sie zustande gebracht in elf Jahren SPD-Finanzpolitik? Sie haben es nicht geschafft, den Haushalt zu konsolidieren. Sie haben es nicht geschafft, das Steuersystem einfacher, niedriger oder gerechter zu gestalten. Und Sie haben es schon gar nicht geschafft – das sage ich, weil Sie das so lautstark erwähnt haben –, eine funktionierende präventive **Aufsicht der Finanzmärkte** sicherzustellen.

(Beifall bei der FDP)

Was Sie heute im Bereich der Finanzmarktkontrolle fordern, ist all das, was Ihnen in elf Jahren Regierungsverantwortung nicht gelungen ist. Wir stellen uns dieser Herausforderung; der Bundesfinanzminister hat das angekündigt. Wenn Sie sich heute hier hinstellen und sich gerieren als eine Art Jeanne d'Arc der Bürger gegen die Macht der Banken, sage ich Ihnen: Die Wahrheit ist, dass die SPD in elf Jahren Regierungsverantwortung vielleicht das Schoßhündchen, aber nicht die Bändigerin der Finanzmärkte war. (D)

(Beifall bei der FDP – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Jetzt ist es aber gut! Reden wir mal über Sie! Was haben Sie eigentlich zu bieten?)

Sie haben gemeinsam mit den Grünen die Finanzaufsicht in Deutschland zersplittert. Sie haben an genau den falschen Stellen dereguliert, und jetzt

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Jetzt halten Sie die Hand auf!)

sind wir es, CDU/CSU und FDP, die gemeinsam daran arbeiten, eine schlagkräftige und effiziente Aufsichtsstruktur in Deutschland zu errichten.

Um noch einmal zur **Steuerpolitik** zurückzukommen: Sie finden es offenbar vollkommen in Ordnung, wenn Gehaltserhöhungen der Beschäftigten im unteren Einkommensbereich vor allem beim Finanzminister landen. Eine Partei wie die SPD, die die kalte Progression elf Jahre achselzuckend hinnahm, kann doch nicht ernsthaft